



STADT VELBERT

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2014

Rede von Bürgermeister
Stefan Freitag am
10. September 2013

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren!

„Die Kunst ist einmal mehr aufzustehen, als man umgeworfen wird.“

Dieses Zitat stammt von Winston Churchill und da es sehr gut zu unseren Erfahrungen und zu unserer Philosophie der Haushaltspolitik der letzten Jahre passt, habe ich es meinen heutigen Ausführungen vorangestellt.

Das gilt erst recht, weil wir mit dem Haushaltsplanentwurf 2014 Rückschläge der letzten Jahre überwinden und der Krisenbewältigung ein Stück näher kommen. Doch dazu später mehr.

Zunächst blicke ich auf die Landes- und Kreisebene und auf Entwicklungen, die uns – um im Bilde des Zitats zu bleiben – erfahrungsgemäß umwerfen können.

Den Bund klammere ich heute – 12 Tage vor der Bundestagswahl – aus, um nicht in den Verdacht zu kommen, bewusst oder unbewusst, Wahlwerbung für die eine oder andere Partei zu machen.

Also sofort zum Land NRW.

Als jemand, der in den letzten 16 Jahren weder als Kämmerer noch als Bürgermeister ein gutes Haar an der Kommunalpolitik des Landes gelassen hat – gleich welcher Couleur die Landesregierung gerade war – freue ich mich darüber, hier auch mal positives zu berichten – allerdings mit nachdenklichen Randbemerkungen.

Positive Feststellung Nr. 1: Das Land hat – teilweise durch Gerichte erzwungen, aber sei's drum – das Gemeindefinanzierungsgesetz, eine unserer wichtigsten Finanzierungsquellen, an vielen Stellen ordentlich repariert, renoviert und diesen Finanztopf halbwegs anständig ausgestattet. So dürfen auch wir nach dem ersten Gesetzentwurf in 2014 mit 22 Mio. € Schlüsselzuweisungen und damit mit 4 Mio. € mehr als geplant rechnen.

Dass dies durch andere Entwicklungen wieder aufgezehrt wird, ist nicht Schuld des Landes. Und dass diese erfreuliche Zahl eben auch offenlegt, dass die Steuerkraft in Velbert sich schwächer entwickelt als der Landesdurchschnitt, schmälert das Lob ebenso wenig, denn wir haben auch schon Jahre erlebt, wo beides runter ging: Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen.

Positive Feststellung Nr. 2: Das Land hat zwar sehr spät - aber besser spät als nie – auf die strukturelle Notsituation vieler Städte mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen gut und entschlossen reagiert. Auch wir profitieren davon – in 2014 mit immerhin 5 Mio. €. Aber mal ganz abgesehen von dem Schönheitsfehler, dass wir diese Zahlungen durch entsprechende Abzüge beim GFG quasi zum Teil mitfinanzieren, seien mir an dieser Stelle auch nachdenkliche Töne zur sogenannten Abundanzumlage gestattet.

Der Grundgedanke, außergewöhnlich steuerstarke Städte an der Finanzierung des Stärkungspaktes zu beteiligen, ist sicher richtig. Er ist übrigens weder neu noch revolutionär und ähnliche Modelle gibt es in anderen Bundesländern schon immer. Doch der Landtag sollte sich schon mit der Frage beschäftigen, ob man mit der derzeitigen Bemessungsgrundlage die eine oder andere vermeintlich reiche Stadt nicht doch überfordert und hier etwas nachbessern muss.

Die etwas verunglückte Kommunikation des Themas kann man indes nicht mehr reparieren, wengleich ich den verständlichen Proteststurm aus den betroffenen Städten hier und da auch für etwas übertrieben halte.

Auch unser Landrat hätte vielleicht etwas sachlicher auf das Ganze reagieren sollen – schließlich ist die Umlagepolitik seines Hauses – sprich des Kreises, auch alles andere als verträglich für uns – doch dazu später mehr.

Zurück zum Land NRW: Hier erfüllt mich abseits aller positiven Pakete, die vom Absender Innenministerium geschnürt werden, Denken und Handeln anderer Teile der Landesregierung nach wie vor mit tiefer Sorge.

Da werden Standards für Kommunen und Bürger – beispielsweise vom Umweltministerium - kostenträchtig immer weiter hochgeschraubt. Da werden vom Schulministerium gesellschaftlich hochsensible Themen, wie die Inklusion, ohne Klärung von Rahmenbedingungen, Umsetzbarkeit und Finanzierung angegangen. Vielleicht sollte unser Innenminister hier seinen Kollegen noch einmal das Konnexitätsprinzip ausführlich erläutern – es scheint in manchen Düsseldorfer Ministerien völlig unbekannt zu sein.

Kommen wir nun zu unseren eigenen Angehörigen – der vielbeschworenen kommunalen Familie. Auch hier vorab und grundsätzlich eine klare Feststellung zugunsten von Landschaftsverband und Kreis: Beide haben Haushalte zu tragen, die überwiegend von Sozialleistungen bestimmt werden, die sie kaum oder gar nicht selbst steuern können. Und es bleibt für mich die dringend notwendige Herausforderung, die Kommunen von einem Teil dieser Leistungen zu befreien – hier kann die begrüßenswerte schrittweise Übernahme der Finanzierungsverantwortung für die Grundsicherung durch den Bund nur der erste Schritt sein.

Pflegebedürftigkeit, Behinderung und Langzeitarbeitslosigkeit sind und bleiben Lebensrisiken, die die kommunale Familie alleine oder maßgeblich finanzieren muss – und das kann und darf auf Dauer nicht so bleiben. Beiden – Landschaftsverband und Kreis – bleibt angesichts fehlender eigener Einnahmequellen bei steigenden Sozialleistungen nichts anderes übrig, als die Umlage an die eigenen Städte zu erhöhen – auch das verstehe ich.

Aber gerade als Umlageverband darf man dann eben nicht der Versuchung erliegen, im Strom steigender Sozialleistungen einige schöne und sicher wünschenswerte politische Projekte gleich mit in die Umlage zu packen.

Beispiele dafür gibt es genug.

Sie reichen von der umstrittenen sogenannten „archäologischen Zone“ in Köln, die der Landschaftsverband Rheinland mit 6 Mio. € unterstützen möchte, bis hin zu den bekannten Diskussionspunkten in Mettmann. Braucht eine Kreisverwaltung zum Beispiel personell ansehnlich ausgestattete freiwillige Aufgabenbereiche, wie Wirtschaftsförderung, Kultur oder Sport, die es doch sowieso schon in allen zehn Städten im Kreis gibt? Laut Haushaltsplan des Kreises sind es immerhin 1,5 Mio. €, die alleine diese drei Bereiche kosten und die die Städte bezahlen, ohne je gefragt worden zu sein, ob sie hier die Unterstützung des Kreises brauchen.

Muss das wirklich alles sein? Diese Frage muss erlaubt sein, auch wenn man bei der aktuellen sogenannten „Benehmensherstellung“ mit den kreisangehörigen Städten im Kreishaus mal wieder ausgesprochen dünnhäutig auf jede Form von Kritik reagiert hat.

Sicher ist das irgendwie verständlich: Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern über Schließungen von kommunalen Einrichtungen, über Leistungseinschränkungen und über Steuererhöhungen – so etwas kennt man im Kreishaus nicht. Wenn man wüsste, wie schwierig und wie schmerzhaft solche Dinge sind, dann hätte man jedenfalls mehr Verständnis dafür, dass die Stadt Velbert jedes Jahr um jeden Euro bei der Kreisumlage ringt. Ich hoffe hier auch auf die Unterstützung der Velberter Kreistagsabgeordneten – vielleicht in diesem Jahr nicht vergeblich!

Im Moment will uns der Kreis jedenfalls über 1 Mio. € mehr Kreisumlage als gemäß der mit der gleichen Kreisverwaltung abgestimmten Finanzplanung abverlangen. Wir sehen da verständlicherweise noch Gesprächsbedarf, haben aber die erhöhte Planzahl erstmal in den Etatentwurf aufnehmen müssen.

Kommen wir zur konjunkturellen Entwicklung und zur Gewerbesteuer. Ich kann mich da kurz fassen: Umwerfen wird uns die Entwicklung der Gewerbesteuer in diesem und auch im Jahr 2014 nach unserer Einschätzung nicht. Die Entwicklung ist hier robust und stabil und dies steht im Einklang mit unseren Erkenntnissen aus der lokalen Wirtschaft.

Umwerfend positiv ist sie aber auch nicht. Angesichts der doch recht schleppenden Entwicklung war es erforderlich, die Einnahmeerwartung für das nächste Jahr gegenüber der Finanzplanung etwas zu reduzieren, nämlich um netto rund 1 Mio. €. Nun, dass ist nicht schön, aber das sind auf der anderen Seite auch nur rund 2 % - da sind wir schlimmeres gewohnt. Zudem bleibt die Gewerbesteuer letztlich eine schwer kalkulierbare Größe und vor Überraschungen sind wir hier nie gefeit.

Zusammen mit weiteren Verschlechterungen gegenüber der Finanzplanung, die der Stadtkämmerer gleich i. E. erläutern wird, werden also die höheren Planeinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen durch die stagnierende Gewerbesteuerentwicklung und die höher als erwartete Kreisumlage wieder aufgezehrt.

Wir landen damit im Ergebnis in etwa beim Finanzplanungswert des Nachtragshaushaltes 2013 und erwarten ein Defizit von rund 2,5 Mio. €. Genauer gesagt erwarten wir ein ordentliches Minus von 7,5 Mio. €, wenn wir die außerordentliche Zahlung aus dem Stärkungspakt Kommunalfinzen in Höhe von 5 Mio. € nicht berücksichtigen.

Nun liegt es mir fern, ein solches Defizit zu bejubeln. Aber ich komme nicht umhin, dieser Zahl auch etwas Positives abzugewinnen. Es ist immerhin das kleinste Haushaltsdefizit, das dem Velberter Stadtrat seit Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens im Jahr 2005 mit einem Haushaltsplanentwurf vorgelegt wird. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2007, das allerdings auch durch den einmaligen Sondereffekt des Verkaufs von Wobauanteilen geprägt war.

Wir sind – und auch deswegen fand ich das Churchill-Zitat so passend – immer wieder aufgestanden.

Die Auswirkungen der Strukturkrise unserer produzierenden Industrie haben wir in den späten 80ern und in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts durch eines der ersten Haushaltssicherungskonzepte im Land erfolgreich bekämpft. Wir haben zu Beginn dieses Jahrhunderts die Haushaltssicherung sogar kurzzeitig verlassen können, bevor wir – vor allem bedingt durch externe Faktoren - seit Mitte des letzten Jahrzehnts wieder mit tiefroten Zahlen zu kämpfen hatten.

Und wir lagen mit einem Gesamtdefizit der Jahre 2009/2010 während der Weltwirtschaftskrise von zusammengerechnet fast 80 Mio. € am Boden. Unsere kommunalpolitische Handlungsfähigkeit hing am seidenen Faden. Wir sind aber wieder aufgestanden und haben einen für Velbert bis dato in der Dimension unvorstellbaren Haushaltssanierungsplan erarbeitet und politisch gestaltet. Er hat uns zwar viel Ärger eingebracht, unsere kommunale Eigenständigkeit wurde aber gleichzeitig gerettet. Und auch auf den jüngsten Rückschlag vor wenigen Monaten haben wir mit schwierigen und unpopulären Maßnahmen entschlossen reagiert.

Was ich hier so mal eben in wenigen Sätzen zusammenfasse, dahinter stehen für Sie nicht nur unzählige Stunden in Fraktionssitzungen und Gremien. Dahinter stehen vor allem Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern – von Schwimmbadschließungen bis Steuererhöhungen. Sie gingen - ich weiß das aus eigener Erfahrung - oft auch an den Rand des Erträglichen. Deswegen halte ich es am Abend einer Legislaturperiode für angebracht „Danke“ zu sagen. Ich danke denjenigen, die - egal wann und egal wie - sich in diese Arbeit stürzen, um Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen zu übernehmen.

So gut die Vorarbeit der jeweiligen Kämmerer bzw. der Verwaltung in den Vorjahren auch war: Ohne eine verantwortungsvolle Politik hier im Rat wären wir nicht immer wieder aufgestanden.

Sie haben damit dem kommenden Rat, der am 22. Mai 2014 gewählt wird, tatsächlich die Perspektive eröffnet, schon in 2017 zu einem originär ausgeglichenen Haushalt ohne Landeshilfen zu kommen.

Doch der Weg dahin ist noch weit und ich warne ausdrücklich davor, jetzt, kurz vor dem Ziel, diese Chance noch zu verspielen. Denn die Herausforderungen und Risiken, die auf diesem Weg lauern, sind nicht zu unterschätzen.

Mit anderen Worten: Spielräume für wie auch immer geartete Wohltaten – egal ob auf der Aufwands- oder auf der Ertragsseite – bestehen nicht. Solche Wohltaten wären nach meiner Auffassung und angesichts eines nach wie vor bestehenden originären Defizits von 7,5 Mio. € nicht nur grob fahrlässig und unseriös, sondern auch rechtlich unzulässig. Zum einen würden sie von der Bezirksregierung nicht genehmigt und zum anderen würden wir dort viel Kredit verspielen, den wir uns durch eine glaubwürdige und entschlossene Konsolidierungsstrategie erworben haben.

Ich nenne Ihnen vier Punkte, die aufzeigen, wieso es keine Spielräume gibt: Ein hoher Tarifabschluss in den nächsten Jahren, ein spürbarer Zinsanstieg, eine mittelschwere konjunkturelle Delle oder stark steigende Sozialkosten in den nächsten Jahren – also durchaus nicht ungewöhnliche Szenarien – und unsere Planung ist dahin.

Es lauern aber nicht immer gleich Mio.-Risiken im Etat. Auch etwas kleinere Risiken können kumuliert Auswirkungen in Mio.-Höhe haben. An fünf Beispielen mache ich Ihnen dies deutlich.

1. Welche Kosten der erforderliche neue Brandschutzbedarfsplan und vor allem die wegen der entsprechenden EU-Vorgaben notwendige Umstellung des Feuerwehrdienstes auf die 48-h-Woche verursachen wird, können wir noch nicht genau berechnen, aber es wird sich garantiert im sechsstelligen Bereich bewegen.
2. Der Prognose der Asylbewerberzahlen liegt eine optimistische Prognose zu Grunde. Ich sage es ganz deutlich: Es kann auch ganz anders kommen, denn wirtschaftliche Not und Kriege werden nicht weniger auf der Welt und beides führt nun mal dazu, dass Menschen hier bei uns Zuflucht suchen.
3. Bei der Hilfe zur Erziehung im Fachbereich Jugend, Familie und Soziales fangen unsere Steuerungsmechanismen und korrigierten Planungen an, zu greifen. Doch jeder, der diesen Bereich kennt, weiß, wie schnell 2 bis 3 schwerwiegende Einzelfälle die Planung ins Wanken bringen können.
4. Unsere Immobilienstrategie ist gut und zeigt erste Erfolge. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist jedoch die schnelle Trennung von Altgebäuden, um Betriebskosten zu sparen. Dafür braucht man aber auch Käufer und dies ist eben nicht so ohne weiteres planbar.
5. Auf uns warten noch in dieser Legislaturperiode Entscheidungsnotwendigkeiten zum Klinikum Niederberg und zum Forum Niederberg und ohne den Diskussionen vorgreifen zu wollen: Ich glaube nicht, dass sich beide Themen völlig außerhalb unseres Etats lösen lassen.

Ich könnte die Liste jetzt noch weiter fortsetzen, verzichte aber aus Zeitgründen darauf. Ich denke, ich habe klar gemacht, dass der Haushaltsplanentwurf schon Anlass für eine gewisse Entspannung liefern kann, jedoch keinesfalls Anlass für Fahrlässigkeit oder Wunschlisten sein darf.

Ich glaube, das ist auch nicht notwendig, wenn man sich anschaut, was wir trotz Haushaltsanierung in 2014 alles anpacken können und wollen. Dies ist eine durchaus beeindruckende Agenda, wie ja ohnehin unsere Haushaltspolitik der letzten Jahre immer den Erhalt der Infrastruktur, insbesondere der kommunalen Bildungsinfrastruktur im Fokus hatte.

Alleine in Schulen und Kindergärten werden wir, wenn diese Legislaturperiode abgeschlossen ist, weit über 30 Mio. € investiert haben.

Für 2014 sind hier folgende größere Baumaßnahmen geplant:

- Gymnasium Pannerstraße: Klassenraumsanierung	(300.000,- €)
- Kita Schwanefeld: Dach, Fassade, Fenster	(750.000,- €)
- Grundschule Ansembourgallee: Turnhalle	(130.000,- €)
- Nikolaus-Ehlen-Gymnasium: Aula, Turnhalle	(400.000,-€)
- Grundschule Frohnstraße: Grundsanierung	(1,2 Mio. €)

- Gesamtschule Poststraße: Brandschutz und Sonstiges	(530.000,- €)
- Sonnenschule: Brandschutz und Außenanlagen	(250.000,- €)

Hierzu kommen wichtige unaufschiebbare Investitionen im Feuerwehrbereich (Fahrzeuge, Geräte, neue Funk- und Fernmeldetechnik) mit rund 1,1 Mio. € sowie die hier bereits beschlossenen Maßnahmen:

- Sanierung des Sportplatzes Nizzatal (insgesamt 1,5 Mio.€, in 2014 = 800.000,- €)
- Sanierung des Sportplatzgebäudes Birth (190.000,- €)
- Veranstaltungshaus Höferstraße (gesamt 2,2 Mio. €, Eigenanteil 420.000 €, davon 2014 = 100.000,- €).

Diese Aufzählung macht deutlich, dass auch im nächsten Jahr vor allem dort investiert wird, wo Kinder und Jugendliche sind. Wir werden mit diesem ansehnlichen Programm zwar die angepeilte Investitionsobergrenze leicht reißen, aber unter dem Strich dennoch eine leichte Entschuldung des Gesamthaushaltes mit immerhin 5,4 Mio. € erreichen.

Dies ist jedoch nur der rein haushaltswirtschaftliche Aspekt und zudem nur ein zeitlich begrenzter Ausschnitt.

Ich halte die große Linie, die hinter diesen Zahlen und Maßnahmen erkennbar wird, für wesentlich wichtiger.

Und diese große Linie bedeutet: Alles, was der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen dient, genießt in Velbert höchste Priorität. Von der frühkindlichen Bildung bis hin zu Hochschulkapazitäten gehen wir gerade im Bildungsbereich gestärkt in das Jahr 2014. An sechs Punkten möchte ich Ihnen das verdeutlichen.

1. Wir haben es nach derzeitigem Stand geschafft, den Bedarf an U3-Plätzen in Velbert zu decken – es sind keine Klagen anhängig; für den klassischen Kita-Bereich gilt diese Feststellung bereits seit Jahren.
2. Wir bieten flächendeckend Ganztagsangebote für den gesamten Primarbereich und für alle Schulformen des Sekundarbereiches an.
3. Wir haben die große Chance, nach dem deutlichen „Ja“ der Eltern zur geplanten neuen Sekundarschule die Strukturen für den Sekundarbereich auf eine sichere und zukunftsfähige Basis zu stellen. Im nächsten Rat am 15. Oktober liegt es an uns, diese Chance zu nutzen und damit ein Angebot an weiterführenden Schulen in allen Stadtbezirken zu sichern. Ohne diesen Beratungen vorgreifen zu wollen, darf ich übrigens heute schon darauf hinweisen, dass unser Vorschlag eine Lösung an beiden Standorten – also Neviges und Tönisheide – beinhalten wird.
4. Wir schlagen als kleines, aber durchaus feines Schmankerl vor, nun auch die Brücke zwischen den Studienangeboten der Hochschule Bochum am Campus Velbert-Heiligenhaus und unseren weiterführenden Schulen zu schließen. Dazu werden wir in Kürze gemeinsam mit der Stadt Heiligenhaus und der Hochschule dort das sogenannte Schülerlabor einweihen. Es wird mithelfen, frühzeitig unseren Nachwuchs für Ingenieurberufe und die Vielfalt und Perspektiven der Arbeitsplätze in der heimischen Industrie zu begeistern.
5. Wir haben es geschafft, unsere Stadtbücherei und unsere Musik- und Kunstschule als wichtige Bildungspartner unserer allgemein bildenden Schulen zu etablieren. Die Früchte, die diese Kooperationen tragen, sind vielfältig und lassen sich nicht nur am Projekt Jeki festmachen. Auch im Bereich der bildenden Kunst („Kinder zum Olymp“) und der Bibliotheken sind wir hier mit vereinten Kräften erfolgreich unterwegs.
6. Last, but not least profitiert natürlich auch der Schulsport von unseren Investitionsentscheidungen. Das neue Sportzentrum im Nizzatal wird hier für das Langenberger Gymnasium wie für die dortigen Grundschulen ganz neue Perspektiven schaffen. Ähnliches gilt für die Sportanlage in Birth, die wir 2015 anpacken wollen.

Meine Damen und Herren, trotzdem gibt es keinen Grund, sich gelassen zurück zu lehnen. Gerade im Bildungsbereich haben wir aktuell weitere Herausforderungen vor der Brust.

Dabei sticht das Thema Inklusion sehr deutlich heraus. Ich weiß, dass es hier hervorragende Anregungen aller Schulen – vor allem durch die besonders enge Kooperation mit der Förderschule – gibt. Aber das alleine reicht nicht aus. Wir brauchen vom Land jetzt verlässliche Rahmenbedingungen und gesicherte Finanzierungsgrundlagen und auf Kreisebene einen Lösungsansatz für die Förderschulen. Ziel ist es, eine wohnortnahe Betreuung der betroffenen Kinder weiter zu gewährleisten. Nur wenn diese Rahmenbedingungen und die Finanzierung geklärt sind, können wir die vielen guten Einzelansätze an unseren Schulen zu einem ganzheitlichen Konzept bzw. Plan für die gesamte Velberter Schullandschaft zusammenführen.

Wir wollen mit der Arbeit hieran gerne schnell beginnen. Deswegen habe ich Herrn Prof. Dr. Spörke, den wir mit einem entsprechenden Gutachten über die Voraussetzungen, Strukturen, Möglichkeiten und Ziele der Inklusion in Velbert beauftragt haben, auch gebeten, seine Erkenntnisse in einer der nächsten Ratssitzungen vorzutragen. Ich gehe davon aus, dass wir hier gemeinsam – übrigens weit über den Schulsektor hinaus – vor einer gewaltigen gesellschaftlichen und politischen Herausforderung stehen. Jedenfalls vor einer gewaltigeren Herausforderung als bei einem anderen Thema im Bildungssektor: Die Schullandschaft im Primarbereich. Hier brauchen wir eigentlich nur Augenmaß und Mut. Mir ist zwar klar, dass Wahlkämpfer sich andere Botschaften wünschen, aber es ist nun einmal Fakt, dass wir in Velbert mindestens zwei bis drei Grundschulen zu viel haben.

Und da es eine einfache mathematische Formel ist, dass wir alle Schulen noch besser ausstatten könnten, wenn wir die vorhandenen Mittel auf weniger Standorte verteilen, möchte ich heute noch einmal den Appell loswerden, das Thema nicht auf den St. Nimmerleinstag hinaus zu schieben. Dies ist wohlgerne keine Position im Etatentwurf, nur ein Appell. Denn selbstverständlich haben wir den Ratsbeschluss, in dieser Legislaturperiode keine Schließung von Grundschulstandorten vorzunehmen, beachtet.

Was für die Bildungsinfrastruktur gilt, kann man auch auf die technische Infrastruktur unserer Stadt übertragen. Zwar weitgehend außerhalb des städtischen Kernhaushaltes, aber eben doch eng mit der Mutter Stadt verbunden, leisten die Technischen Betriebe Velbert hier hervorragendes. Und damit meine ich nicht nur das „Butter - und - Brot - Geschäft“ der TBV im Straßen- und Kanalbau – so wichtig dies ist.

Vom Herminghauspark, über den Freizeitpark Nordstadt, den PanoramaRadweg niederbergbahn bis hin zu vielen kleineren Spielflächen in der gesamten Stadt haben die TBV längst Infrastrukturen geschaffen, die uns in Velbert deutlich vom üblichen Niveau einer Mittelstadt abheben. Schauen Sie sich mal an einem schönen Wochenende die Autokennzeichen auf den Parkflächen rund um die Parks an: Sie werden sehen, diese tollen und vor allem kostenlosen Freizeitangebote sind längst kein Geheimtipp mehr.

2014 werden die TBV dann auch ihre infrastrukturellen Beiträge für die Neugestaltung der Innenstadt erbringen. Mitte 2014 wird der Platz Am Offers, an dessen Planung sich die Bürgerschaft rege beteiligt hat, von Grund auf neu gestaltet. Bereits einige Monate früher beginnen die Bauarbeiten für den zentralen Busbahnhof.

Das Stichwort Busbahnhof gibt mir die Gelegenheit, einen kurzen Exkurs zum Thema ÖPNV in Velbert einzupflegen. Mit seiner Realisierung werden wir endlich einen zeitgemäßen und zukunftsfähigen ÖPNV-Knotenpunkt bekommen. Er ermöglicht uns, auch Fahrzeiten und Verbindungen zu optimieren.

Gleichzeitig möchte ich auch zwei Warnhinweise geben:

Der Nahverkehrsplan des Kreises, mit dessen Entwurf wir uns ja in den nächsten Wochen beschäftigen werden, wird nur eine relativ abstrakte Rahmenvorgabe sein. Wer erwartet, dass sich hier ganz konkrete Linienvorschläge für Velbert wiederfinden und sozusagen alle unsere Probleme gelöst werden, wird enttäuscht sein. Diese Arbeit müssen wir schon selber leisten! Deshalb ist es gut, dass wir mit der interfraktionellen Arbeitsgruppe bereits ein Gremium für diese Arbeit geschaffen haben.

Noch ein zweiter Hinweis, um auch hier Enttäuschungen vorzubeugen: Ich bezweifle, dass alleine die Kosteneinsparungen durch den zentralen Busbahnhof ausreichen, um nur die wirklich sinnvollen Optimierungspotenziale zu finanzieren – von den wünschenswerten Ver-

besserungen rede ich ja schon gar nicht. Deswegen haben wir Ihnen auch für die mit einer Beschlussfassung unter TOP 5 einhergehenden Verbesserungen bei der ÖPNV-Pauschale noch keine konkreten Umsetzungsvorschläge vorgelegt. Ich schlage vor, die VGV auch faktisch in die Lage zu versetzen, eine verbesserte Angebotsstruktur zu finanzieren.

Denn ein gut funktionierender, unkomplizierter und schneller ÖPNV wird sich nach meiner Überzeugung zu einem zunehmend wichtigeren Standortfaktor entwickeln. Und dies gilt nicht nur angesichts steigender Benzinpreise, sondern auch und vor allem mit Blick auf den demographischen Wandel. Nicht zuletzt auch mit Blick auf die notwendige Belebung des Zentrums und der Ortsteil- und Nahversorgungszentren, die sowohl mit dem Auto als auch mit dem Bus problemlos erreichbar sein müssen.

Ohnehin genießt die Zukunftsfähigkeit der Innenstadt nach wie vor hohe Priorität. Dies macht sich nicht nur an den genannten Investitionen der TBV fest, sondern auch an den bekannten privaten Projekten, die bereits abgeschlossen sind, laufen oder in Kürze realisiert werden.

Kommen wir gleich zum größten Projekt, dem innerstädtischen Einkaufszentrum auf dem Europaplatz. Das Projekt macht allen Gerüchten und Unkenrufen zum Trotz weiter Fortschritte, auch wenn der ursprünglich vorgesehene Zeitplan mit einer Eröffnung im Frühjahr 2015 nicht mehr eingehalten werden kann, sondern sich wahrscheinlich in den Herbst 2015 verschiebt.

Abgesehen davon, dass ich eine Verschiebung des Zeitplans um einige wenige Monate bei einem solchen Großprojekt für wenig spektakulär halte, gebe ich Ihnen, um neuen Gerüchten vorzubeugen, eine kurze Begründung:

Da das Bauantragsverfahren erst mit einiger Verspätung gegenüber dem Ursprungszeitplan gestartet werden konnte und die Abstimmung mit den zu beteiligenden Institutionen und Behörden sich in den Herbst hineinziehen wird, kann nach derzeitigem Stand mit einer Baugenehmigung erst Ende Oktober/Anfang November dieses Jahres gerechnet werden. Für die Mitglieder der Lenkungsgruppe ist dies ja nichts Neues. Neu ist allerdings die hieraus folgende Konsequenz: Damit die Abrissarbeiten, die Aushebung der Baugrube und weitere Vorarbeiten nicht unmittelbar in das Weihnachtsgeschäft fallen und negative Auswirkungen für die betroffenen Händler entstehen, haben wir uns mit den Investoren darauf geeinigt, mit den Arbeiten erst im Januar 2014 zu beginnen. Das war die meiner Meinung nach durchaus berechnete Forderung der politischen Vertreter in der Lenkungsgruppe, denen sich die Investorengruppe dann in konstruktiven Verhandlungen angeschlossen hat.

Nach heutiger Planung und mit allen Vorbehalten, die solche Großprojekte nun mal mit sich bringen, wird der 13. Januar 2014 der Tag des Baubeginns sein.

Das Projekt Friedrich-Arkaden hat bereits alle baurechtlichen Hürden genommen, die Baugenehmigung liegt seit Anfang August vor. Mit dem Beginn der Abbrucharbeiten ist noch in diesem Jahr zu rechnen. Es entstehen dann zwei Ladenlokale im Erdgeschoss und 29 Wohneinheiten in den Obergeschossen. Prominentester Mieter wird gewiss der örtliche Händler „Musik Schallowetz“ sein, der sich deutlich vergrößern wird. Mit seiner Standortentscheidung leistet er nach der Realisierung von Kaufland und Noldehaus einen wichtigen weiteren Beitrag zur Stärkung der oberen Friedrichstraße.

Diese Stärkung ist umso beachtlicher, da das leerstehende Hertie-Kaufhaus als Eingangstor zur oberen Friedrichstraße keine optischen Investitionsanreize bietet. In Velbert wird ja gerne das Märchen erzählt, dieser Leerstand liege an den vielen und großen neuen Projekten, vor allem am Shopping-Center. Was für ein Unfug! Der einzige Grund, warum es mit der Hertie-Immobilie nicht weiter geht, sind die völlig überzogenen Kaufpreisforderungen des Eigentümers bzw. des Insolvenzverwalters. Aber wer meint – Pardon – Schrott vergolden zu können, der glaubt wirklich an Märchen.

Dass es auch anders geht, beweisen uns zur Zeit viele Eigentümer und viele Ladenbesitzer, die in der Friedrichstraße investieren, neue Ideen realisieren und damit sich und der Stadt ein weiteres Stück Zukunft schaffen: Ob es Investitionen sind, wie beispielsweise das neue C & A Gebäude, das neue Medicum oder auch das neue Café der Bäckerei Bär. Sie alle zeigen, wie sich die Friedrichstraße insgesamt positionieren muss, will sie ihre Bedeutung zwi-

schen wieder erstarkter Oberstadt und neuem Shopping-Center behaupten: Durch Handeln, durch optische Verbesserungen, durch Ideen. Ich wünsche mir, dass dieser Funke noch auf viele andere überspringt.

Nun, die Sorgen in der Velberter Innenstadt, nämlich Angst vor zu vielen privaten Investitionen, die hätte man in den Zentren der Stadtbezirke Neviges und Langenberg gerne. Indes ist die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger hier genauso hoch oder niedrig (bei der Note „befriedigend“ eine Frage des Standpunktes). Dies hat eine IHK-Umfrage in Velbert-Mitte bewiesen. Das Ergebnis überrascht nur auf den ersten Blick. Die Menschen haben längst verstanden, dass es Vollsortimente in Citylagen von Städten bzw. Stadtbezirken mit weniger als 20.000 Einwohnern nicht mehr geben wird.

Umso erfreulicher, dass in beiden Stadtbezirken engagierte Werbegemeinschaften mit frischen Ideen daran arbeiten, die besonderen Vorzüge individueller Einkaufserlebnisse in schönen und überschaubaren Altstädten besonders heraus zu arbeiten.

Nach vielen Jahren des Stillstandes können wir diesen engagierten Menschen endlich auch seitens des Rathauses Schützenhilfe geben: Sei es in Neviges durch das Immobilienkonzept, das jetzt bald in die Umsetzung gehen kann, sei es in Langenberg durch die lang ersehnte Fertigstellung des Bürgerhauses in 2015.

Apropos Bürgerhaus: Ich werde Ihnen schon bald gemeinsam mit der Geschäftsführung der KVV erste Überlegungen präsentieren, wie wir das Bürgerhaus künftig mit Leben füllen können und wie der gesamte Ortskern hiervon profitieren kann.

Das dabei vor allem das Kulturerlebnis im Vordergrund stehen wird, dürfte nicht überraschend sein, da wir ja hier in Langenberg diesbezüglich auf eine tolle Basis bauen können: Von der Bücherstadt bis zum Alldie-Kunsthause. Wir sollten ohnehin die Kultur als durchaus gleichberechtigten und wichtigen Standortfaktor neben den vielen genannten und ausführlich erörterten Standortfaktoren für Velbert werten.

Da sich der Kulturausschuss mit eigenen Initiativen bislang vornehm zurück gehalten hat, werde ich – sicher im Sinne vieler Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker – noch in diesem Jahr eigene Überlegungen zur Angebotsstruktur im Kulturbereich vorlegen.

Bildung, Infrastruktur, Freizeitangebote, ÖPNV, Qualitäten des Innenstadtzentrums und der Nebenzentren, Kultur – das alles sind auch in 2014 unsere Themen hier im Stadtrat.

Doch warum arbeiten wir so akribisch an sogenannten Standortfaktoren? Nun, es geht schlicht und einfach um Lebensqualität für die Menschen in Velbert und um Standortqualitäten für unsere Unternehmen.

Denn letztlich ist es die zentrale und existenzielle Frage der Zukunft Velberts, wie viele Menschen hier leben und wie viele Unternehmen hier Arbeitsplätze anbieten wollen – wobei beides eng miteinander verbunden ist.

Beim Thema Wohnen sehe ich uns gut aufgestellt. Wir haben mit dem Handlungskonzept Wohnen eine gute, mit den maßgeblichen Akteuren des Wohnungsmarktes abgestimmte Zukunftsstrategie. Wir haben, das zeigen alle Erfahrungen insbesondere der letzten zwei bis drei Jahren, eine gute bis sehr gute Nachfragesituation und wir haben auch ausreichend Flächen für das Angebot. Sei es durch den Umbau vorhandener Quartiere – vor allem in den Stadterneuerungsgebieten – oder sei es durch neue Baugebiete: Wir haben eine breite Palette an unterschiedlichen Wohnformen im Angebot und in der Planung.

Die uneingeschränkt positiven Erfahrungen der Stadterneuerungsprojekte in Birth/Losenburg und in der Nordstadt sowie die langjährige Erfolgsgeschichte des städtebaulichen Denkmalschutzes in Langenberg haben übrigens in mir die Überzeugung reifen lassen, dass aller guten Dinge drei sind. Wir sollten auch für den Stadtbezirk Neviges erneut die Aufnahme in ein Stadterneuerungsprogramm beantragen. Wir werden unsere Ideen dazu selbstverständlich zunächst in der Lenkungsgruppe Neviges vorstellen, um dann zu den notwendigen Grundsatzbeschlüssen im Bezirksausschuss Neviges und dem Umwelt- und Planungsausschuss zu kommen.

Beim Thema Unternehmensansiedlungen kann ich leider kein ähnliches uneingeschränkt positives Zukunftsszenario entwerfen.

Kurzfristig betrachtet haben wir – trotz des schmerzhaften Verlustes der Fa. Columbus McKinnon (ehemals Yale) – eine durchaus erfolgreiche Ansiedlungsbilanz zu verzeichnen. Hier erwähne ich die Beispiele Berger + Müller, R+M de Wit GmbH oder auch die Procar-Gruppe sowie die Erweiterung der schon ansässigen Firmen Heismann oder Klein Feinmechanik.

Diese Erfolgsmeldungen stellen gleichzeitig allerdings für Velbert insofern auch ein Problem dar, da mit diesen Vermarktungsabschlüssen die Zahl an qualitativ guten und vermarktbareren Gewerbeflächen stark abgenommen hat.

So stehen beispielsweise an der Talstraße nur noch Restflächen zur Verfügung. Die einzig größere Fläche, die derzeit in Teilen vermarktet wird, ist das Gelände der ehemaligen Ziegelei Buschmann.

Um Unternehmen aber auch mittel- bis langfristig weiterhin adäquate Gewerbeflächen anbieten zu können, müssen wir schnellstmöglich alle denkbaren Reservepotentiale des bereits gültigen Flächennutzungsplans aktivieren und vor allem im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes zusätzliche, geeignete Flächen ausweisen. Ich denke vor allem an die 12 ha große Fläche an der Langenberger Straße angrenzend zur Röbbbeck.

Das ist ein langwieriger Prozess, der uns noch sehr viel Geduld und Kraft abverlangen wird. Wir müssen hier noch einmal alle Kräfte Richtung Bezirksregierung und Land bündeln, denn stellen Sie sich vor, die A 44 wird 2016 oder 2017 eröffnet und wir haben keine ausreichenden Gewerbeflächen.

Das wäre dann in der Tat ein Treppenwitz der Geschichte, allerdings einer, über den ich nicht lachen könnte.

Umso wichtiger ist es natürlich, angesichts dieser schwierigen Lage die Arbeitsplatzentwicklung im Dienstleistungssektor nicht aus den Augen zu verlieren. Ich denke nicht nur an die diversen Einzelhandelsprojekte, die ich vorhin genannt habe, bis hin zur Gesamtentwicklung Sontumer Straße, sondern natürlich auch an die Entwicklung des Dienstleistungszentrums „Am Baum“. Die Zielsetzung, hier neben dem Dreieck Rathaus/Finanzamt/Amtsgericht einen zweiten wichtigen konzentrierten Behördenstandort zu schaffen, ist bei allen potentiellen Partnern auf viel Interesse gestoßen. Für den Velberter Westen ist es die große Chance. Wir werden die vorbereitenden Arbeiten und Gespräche bis Ende dieses Jahres abschließen und Ihnen bei erfolgreichem Verlauf dieser Entwicklungen bis Mitte 2014 beschlussreife Vorlagen liefern.

Zum Schluss möchte ich noch auf eine eher unpolitische, aber sicher sehr populäre Planung zu sprechen kommen. Unsere erfolgreiche Personalkostenstrategie beruhte immer auf drei Säulen:

1. Sozialverträglicher Stellenabbau
2. Neuordnung der Verwaltungsstrukturen und
3. Optimierung der Bürgerkontakte.

Nur in diesem Dreiklang können wir rund 80 Vollzeitstellen - wie hier beschlossen - abbauen, ohne erhebliche Abstriche an unserer Dienstleistungsqualität machen zu müssen.

Die Punkte 1 und 2 sind weitgehend abgeschlossen, zum Punkt 3 stehen wir in 2014 vor einem weiteren wichtigen Zwischenschritt. Wir wollen im Rathausfoyer einen Infopoint einrichten. Dort können - zusammen mit dem Servicebüro - etwa 60 % aller Anliegen aus der Bürgerschaft erledigt beziehungsweise zielgenau in die Sachbearbeitung verwiesen werden. Und dies alles geschieht zu bürgerfreundlichen Öffnungszeiten. Für die Bürgerinnen und Bürger wird das ein echter Servicegewinn. Für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führt es zu einem effizienteren Arbeitseinsatz, da Termine geplant und qualifiziert vorbereitet sind. Und ganz nebenbei sparen wir auch Geld. Details stellen wir Ihnen in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen vor.

Gerne hätte ich Ihnen gleichzeitig eine digitale Strategie für die Stadt Velbert präsentiert, da die digitale Kommunikation mit den Bürgern in den nächsten Jahren mit Sicherheit weiter

enorm an Bedeutung gewinnen wird. Dieses Projekt mussten wir wegen der hohen Anfangsinvestitionen aber zunächst zurückstellen.

Die Planung liegt aber fertig in der Schublade und wartet darauf – hoffentlich nicht allzu lange –, von meinem Nachfolger bei einer Verbesserung der Haushaltssituation herausgeholt und realisiert zu werden.

Lassen Sie mich ein Fazit ziehen.

Wir haben die schlimmste Haushaltskrise in der jüngeren Geschichte der Stadt Velbert erfolgreich gemeistert und mit etwas Disziplin, Durchhaltevermögen und dem notwendigen Quäntchen Glück werden ab 2016 ein neuer Stadtkämmerer und ein neuer Bürgermeister hier ausgeglichene Haushalte präsentieren.

Gleichzeitig haben wir unsere Infrastruktur nicht nur intakt gehalten, sondern sogar deutlich verbessert und dadurch einen erfreulichen Investitionsschub privater Projekte in der Stadtentwicklung ausgelöst. Die Ausgangssituation für unsere Heimatstadt ist also gut wie lange nicht mehr.

Sie alle wissen, dass dies das Ergebnis harter administrativer und politischer Arbeit ist. Bitte nehmen Sie dieses Wissen mit in die Haushaltsberatungen, in den anstehenden Kommunalwahlkampf und auch in die nächste Legislaturperiode oder vermitteln es Ihren Nachfolgerinnen, Nachfolgern oder neuen Mitstreitern.

Denn dieses Ergebnis kann schnell verspielt werden und wir müssen es ja nicht unbedingt ausprobieren, ob es uns gelingt, noch mal aufzustehen, wenn es uns wieder mal umwirft.

Ich möchte nicht enden, ohne einen doppelten Dank loszuwerden.

Zum einen danke ich dem hervorragenden Team unter dem Kämmerer Sven Lindemann und dem Fachbereichsleiter Dirk Lukrafka, die zu einem eigentlich unzumutbar frühen Zeitpunkt im Jahr einen durchdachten und guten Haushaltsplanentwurf im großen Schulterschluss mit allen Dezernenten und Fachbereichen aufgestellt haben.

Zum anderen danke ich Ihnen für Ihre Geduld!